

USA: Trump gibt christlichen Arbeitgebern Diskriminierungsrecht

Die Trump-Regierung griff angesichts der Corona-Krise auch Organisationen unter die Arme, die Hass verbreiten. Kurz vor dem Regierungswechsel erliess sie außerdem einen Erlass, der religiösen Arbeitgebenden LGBTI-Diskriminierung erleichtert.

14 US-Vereine, die von Bürgerrechtsorganisationen als "Hate Groups" eingestuft worden sind, haben nach Recherchen von "NBC News" Darlehen über ein staatliches Programm zur Abmilderung der Auswirkungen der Corona-Krise auf die Wirtschaft erhalten. Insgesamt hätten diese Hass-Organisationen durch das "Paycheck Protection Program" 4,3 Millionen Dollar (3,6 Millionen Euro) erhalten, darunter auch mehrere LGBTI-feindliche Gruppen.



Einen sehr grossen Batzen Geld erhielt demnach die "American Family Association", die seit Jahren Homosexuelle mit Nazis gleichsetzt – etwa durch den Begriff "Gay Gestapo". Diese Gruppe allein durfte sich laut NBC über rund 1,4 Millionen Dollar freuen. Zu den anderen geförderten Organisationen gehört auch die katholischen Laiengruppe "Church Militant", die für die "Heilung" Homosexueller wirbt. Sie erhielt mehr als 300.000 Dollar. Das evangelikale "Liberty Counsel", das etwa Homo-Hasserin Kim Davis einen Trip nach Rumänien spendiert hatte, wurde mit staatlichen Mitteln in Höhe von mehr als 430.000 Dollar bedacht.

Harvard-Soziologin Joan Donovan, die "Hate Groups" seit Jahren beobachtet, kritisierte die "Ausbeutung" des Hilfsprogramms. Sie erklärte weiter, dass die Regierung Hassorganisationen aus der Förderung hätte ausschliessen sollen.

Trump-Regierung erlaubt mehr Diskriminierung

Die Trump-Regierung versucht unterdessen, ihre LGBTI-feindliche Politik vor der Amtsübernahme von Joe Biden am 20. Januar 2021 zu festigen. Das Arbeitsministerium erliess Anfang der Woche einen Erlass, der es Firmen, die öffentliche Aufträge der Bundesregierung entgegennehmen, erleichtert, sexuelle und geschlechtliche Minderheiten, Frauen und religiöse Minderheiten zu diskriminieren. Einzige Voraussetzung: Der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin muss die Diskriminierung mit seiner oder ihrer religiösen Überzeugung begründen.

Die LGBTI-Organisation Human Rights Campaign nannte diesen Schritt "inakzeptabel" und erklärte, man werde mit der Biden-Harris-Regierung nächstes Jahr daran arbeiten, diese Diskriminierung zu beenden.